*Elena Kropatcheva**

Präsidentenwahlen in Belarus im Jahr 2010: alles für den Sieger?

Am 19. Dezember 2010 fanden in Belarus Präsidentenwahlen statt. Der Zentralen Wahlkommission zufolge wurde der amtierende Präsident Alexander Lukaschenka, der seit 1994 an der Macht ist, mit 79,65 Prozent der Stimmen wiedergewählt.¹ Die drei Kandidaten der Opposition, die nach Lukaschenka den größten Stimmenanteil erhielten, waren Andrei Sannikow, Jaroslaw Romantschuk und Rigor Kastusew mit jeweils nur 2,43, 1,98 und 1,97 Prozent.² Das Ergebnis der Wahl hat westliche Beobachter, die darauf gehofft hatten, dass ein frischer Wind wehen und die Wahl in Belarus diesmal fairer und demokratischer sein würde, enttäuscht. Statt eines demokratischen Wechsels folgte auf die Wahlen eine außergewöhnlich brutale Repression.

In diesem Beitrag werden die Präsidentenwahlen und ihre Folgen näher betrachtet. Der erste Abschnitt stellt die innen- und außenpolitische Lage vor der Wahl dar und erklärt, warum sich westliche Akteure Hoffnungen auf ein demokratischeres Wahlverfahren machten. Der zweite Abschnitt schildert die Wahl selbst und die folgenden Entwicklungen und spekuliert über die möglichen Gründe für die brutale Unterdrückung seitens Lukaschenka. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Schließung des OSZE-Büros in Minsk als einer der Reaktionen der belarussischen Behörden auf die Wahl. Der vierte Abschnitt behandelt die internationalen Reaktionen auf die Wahl, bevor der letzte Abschnitt einen Überblick über die Entwicklungen in Belarus und seinem Umfeld in der ersten Hälfte des Jahres 2011 gibt und Schlussfolgerungen zu den Aussichten des Lukaschenka-Regimes zieht. Auch wenn Präsident Lukaschenka als Sieger aus den Wahlen hervorging, ist sein Regime, wie dieser Beitrag zeigt, schwächer und gefährdeter als je zuvor.³ Es sind in

* Die Autorin bedankt sich bei Tatiana Biletskaya und Ina Shakhrai für ihre sehr hilfreichen Kommentare zum vorliegenden Beitrag. Der Beitrag befasst sich mit den Entwicklungen bis August 2011.

1 Siehe *Svedenija o rezul'tatach golosovanija po vyboram Prezidenta Respubliki Belarus' 19 dekabnja 2010 goda* [Ergebnisse der belarussischen Präsidentenwahlen vom 19. Dezember 2010] auf der offiziellen Website der Zentralen Wahlkommission der Republik Belarus, unter: <http://www.rec.gov.by/sites/default/files/pdf/Elections-PRB-sved21.pdf>.

2 Siehe ebenda.

3 Obwohl der Autorin bewusst ist, dass es Interessengruppen gibt, die hinter Lukaschenka stehen, ist das gegenwärtige politische Regime in Belarus doch sehr stark personalisiert und zentralisiert. Siehe hierzu ausführlicher z.B. Ethan S. Burger/Viktar Minchuk, *Alyaksandr Lukashenka's Consolidation of Power*, in: Joerg Forbrig/David R. Marples/Pavol Demeš (Hrsg.), *Prospects for Democracy in Belarus*, Washington, D.C., 2006, S. 29-36; Rainer Lindner, *The Lukashenka Phenomenon*, in: Margarita M. Balmaceda/James I. Clem/Lisbeth L. Tarlow (Hrsg.), *Independent Belarus: Domestic Determinants, Regional Dynamics, and Implications for the West*, Cambridge 2002, S. 77-108; Grigory Ioffe, *Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark*, New York 2008.

erster Linie die geopolitischen „Spiele“ im Umfeld von Belarus, die dazu beitragen, dass sein System aufrechterhalten wird.

Vor der Wahl: 2010 – ein frischer Wind?

Während alle Wahlen in Belarus seit 1994, als Alexander Lukaschenka zum ersten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, durch unfaire, undemokratische und repressive Praktiken gekennzeichnet waren, gab es 2010 im Westen einige – vergebliche und unrealistische – Hoffnungen, dass Präsident Lukaschenka dieses Mal größere Anstrengungen unternehmen würde, die Wahl auf eine Weise durchzuführen, die den Verpflichtungen der OSZE in größerem Maße als zuvor Rechnung trüge. Für diese trügerische Hoffnung gab es mehrere Gründe: negative Entwicklungen in der belarussischen Wirtschaft, sich verschlechternde Beziehungen zwischen Belarus und der Russischen Föderation sowie das von Lukaschenka bekundete Interesse an einer Annäherung an die EU.

Zunächst einmal hatte sich die wirtschaftliche Lage in Belarus im Jahr 2010 verschlechtert. Im Jahr 2007 betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts noch 8,6 Prozent, 2010 war der Wert auf 3,8 Prozent gefallen.⁴ In der postsovjetschen Periode war Belarus im Vergleich zu vielen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken ein Modell des Wirtschaftswachstums und der Stabilität. Während die anderen neuen unabhängigen Staaten schmerzhaft Reformen und Perioden der Instabilität durchliefen und bestrebt waren, sich wirtschaftlich in westliche Märkte zu integrieren, war das Geheimnis des belarussischen „Wirtschaftswunders“ einfach: Das Land stützte sich in hohem Maß auf externe Subsidien, in erster Linie billige Energie aus Russland, aber auch Gewinne aus dem Verkauf von Ölprodukten an den Westen. Das Öl wurde zu niedrigen Preisen von Russland gekauft und in belarussischen Raffinerien weiterverarbeitet. Anstatt schwierige und sozial schmerzhaft, langfristige Reformen durchzuführen, investierte Lukaschenka die verfügbaren finanziellen Ressourcen in die Landwirtschaft, in staatseigene Industriebetriebe und in den öffentlichen Sektor im Allgemeinen. Zusätzlich wurde ein großer Sicherheitsapparat (KGB, Miliz) aufgebaut, von dem das Regime in hohem Maße abhängt. Alle diese Bereiche, die vom Staat subventioniert wurden, waren ohne Reformen jedoch unrentabel. Die Maßnahmen zielten allein darauf ab, die öffentliche Unterstützung für Lukaschenka bei der Wahl zu sichern. Im Ergebnis wurden der Bevölkerung in Belarus Gehälter und Altersrenten regelmäßig gezahlt, während in den anderen Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) die Einkommen sanken und bei den Sozialleistungen Unterbrechungen auftraten.

4 Siehe International Monetary Fund, Republic of Belarus, Third Review Under the Stand-By Arrangement, and Request for Modification of Performance Criteria, 11. Dezember 2009, S. 18, unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2010/cr1031.pdf>.

Im Jahr 2006 hatte die dritte Allbelarussische Volksversammlung zudem ein unrealistisches und politisiertes Fünfjahresprogramm für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung verabschiedet. Am 30. Dezember 2009 gab Lukaschenka das „heilige“ Versprechen, mit der Implementierung dieses Plans fortzufahren: „Der Durchschnittslohn muss innerhalb eines Jahres auf 500 US-Dollar steigen. Diese Zahl ist heilig!“⁵ Dennoch warnten Experten, dass sich die gesamtwirtschaftliche Lage, obwohl sie stabil erschien, allmählich verschlechterte.⁶ So setzte Lukaschenka seine kurzfristige, populistische Strategie fort, während die wirtschaftliche Lage in Wirklichkeit dringend Sparmaßnahmen und Reformen erforderte.

2008 erreichte die weltweite Finanzkrise Belarus. Zwar waren die Auswirkungen auf das Land dank seiner relativen wirtschaftlichen Isolation⁷ nicht so gravierend wie für einige andere GUS-Staaten, seine wirtschaftliche Lage verschlechterte sich dennoch. Die Gründe hierfür waren erstens die sinkende Nachfrage aus dem Ausland, hauptsächlich aus Russland und der EU, den wichtigsten Handelspartnern von Belarus, die zu einer schwächeren Exportleistung und als Folge davon zu einem Leistungsbilanzdefizit führte, zweitens der Umschwung bei den ausländischen Direktinvestitionen und schließlich der eingeschränkte Zugang zu den Finanzmärkten.⁸ Die Folge davon war, dass seit August 2010 das Außenhandelsdefizit des Landes viel schneller als im Jahr zuvor stieg und Belarus fast eine Milliarde US-Dollar monatlich aus ausländischen Kreditquellen aufnehmen musste, um diese Lücke zu schließen.⁹ Die Gesamtauslandsschulden von Belarus stiegen 2010 auf 28,512 Milliarden US-Dollar bzw. 52,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vom 1. Janu-

-
- 5 Alexander Lukaschenka, zitiert nach: Sergey Nikolyyuk, Presidential Election: Sociology of Electoral Stability, in: Belarusian Institute for Strategic Studies (BISS), Belarusian Yearbook 2010, S. 63-69, hier: S. 66 (dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).
 - 6 Siehe ausführlicher zur Entwicklung der belarussischen Wirtschaftspolitik Patricia Brukoff, The Belarusian Economy: Is It Sustainable?, in: Balmaceda/Clem/Tarlow (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 3), S. 109-121; Leonid Zlotnikov, The Belarusian „economic miracle“ – illusions and reality, in: Sabine Fischer (Hrsg.), Back from the cold? The EU and Belarus in 2009, Chaillot Paper Nr. 119, Paris 2009, S. 65-79.
 - 7 Vgl. Elena Korosteleva, Belarusian Foreign Policy in a Time of Crisis, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 3-4/2011, S. 566-586, hier: S. 567-568. Zu einer vergleichenden Sicht der wirtschaftlichen Indikatoren von Belarus siehe auch Irina Yeremeyeva, The Impact of the Global Financial Crisis on Belarusian Economy, Electronic Publications of Pan-European Institute 23/2009, unter: http://www.tse.fi/FI/yksikot/erillislaitokset/pei/Documents/Julkaisut/yeremeyeva_economic_crisis_belarusian_economy_2309%20web.pdf.
 - 8 Vgl. Julia Korosteleva, The Global Recession and the Belarusian Economy: Revealing Cracks in the Model, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics 3-4/2011, S. 632-653, hier: S. 633.
 - 9 Vgl. Fyodor Zhakhov, Everything for the Front, Everything for the Victory! Macroeconomics takes rest by the presidential Election, in: Belorusskaya Gazeta, 8. November 2010, zitiert in: Vladimir Rovdo, Presidential Campaign, in: Belarusian Yearbook 2010, a.a.O. (Anm. 5), S. 52-62, hier: S. 55.

ar 2011.¹⁰ Obwohl in den letzten Jahren einige Reformbemühungen unternommen wurden, wie z.B. Versuche, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, waren diese Bemühungen meistens zu gering, um tatsächliche Auswirkungen auf die Lage zu haben.¹¹

Ein weiterer Grund für die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage von Belarus war die negative Entwicklung der Beziehungen zur Russischen Föderation. Elena Korosteleva geht sogar so weit zu behaupten, dass Belarus weniger von der weltweiten Finanzkrise, als vielmehr hauptsächlich durch seine negativen Beziehungen zu Russland und die zunehmend von Pragmatismus geprägte Haltung Moskaus gegenüber Belarus beeinträchtigt worden sei.¹² Dieser Prozess hatte bereits im Jahr 2000 mit der Wahl Wladimir Putins zum Präsidenten begonnen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurden jedoch insbesondere seit 2006 noch schwieriger.¹³ Sie waren durch eine Reihe von „Mikrokriegen“ geprägt, die auch in der Zeit vor den Wahlen 2009-2010 anhielten. Korosteleva teilt diese Konflikte in drei Gruppen ein: 1. mit Gas und Öl zusammenhängende Konflikte;¹⁴ 2. Transaktionskonflikte (z.B. „Milch-“, „Zucker-“, „Maschinen-“ und „Elektrizitätskriege“); 3. Politische Konflikte (z.B. die Nichtanerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Belarus, die mangelnde Zusammenarbeit im Rahmen der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und der zeitweilige Widerstand gegen den Einheitlichen Wirtschaftsraum (*Single Economic Space*, SES), eine politisch-ökonomische Integrationsinitiative un-

10 Vgl. Bitter Results of Belarusian „Authoritarian Modernization“, 14. März 2011, in: BelarusDigest, unter: <http://belarusdigest.com/2011/03/13/bitter-results-of-belarusian-authoritarian-modernization>.

11 Vgl. Zlotnikov, a.a.O. (Anm. 6), S. 74-75.

12 Vgl. Elena Korosteleva, a.a.O. (Anm. 7), S. 568.

13 Zur Entwicklung der russisch-belarussischen Beziehungen siehe Dmitri Trenin, Russia's Policy towards Belarus: A Tale of Two Presidents, in: Forbrig/Marples/Demeš (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 3); Anders Rudling, Belarus in the Lukashenka Era: National Identity and Relations with Russia, in: Oliver Schmidtke/Serhy Yekelchuk (Hrsg.), Europe's Last Frontier? Belarus, Moldova and Ukraine between Russia and the European Union, New York 2008, S. 55-77; Arkady Moshes, Avenue of Independence, Will Russian-Belarusian Relations Take the Ukrainian Path? In: Russia in Global Affairs 2/2010; Thomas Ambrosio, The Political Success of Russia-Belarus Relations: Insulating Minsk from a Color Revolution, in: Demokratizacija 3/2006, S. 407-434; Patricia Brukoff, Russia's Varied Roles in Belarus, in: Balmaceda/Clem/Tarlow (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 3), S. 222-231; Nelly Bekus, Struggle over identity: the official and the alternative „Belarusianness“, Budapest 2010.

14 Belarus ist beim Gas zu 100 Prozent und beim Öl zu 92 Prozent von Russland abhängig. Vgl. Margarita M. Balmaceda, At a crossroads: the Belarusian-Russian energy-political model in crisis, in: Fischer (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 6), S. 79-91, hier: S. 80. 20 Prozent des Erdgases (45 Milliarden Kubikmeter) und 30 Prozent des Öls (80 Millionen Tonnen) werden über das Territorium von Belarus transportiert. Vgl. Wojciech Kononczuk, Difficult Ally: Belarus in Russia's Foreign Policy, CES Study No. 8, Warschau, September 2008. Zu den Energiebeziehungen zwischen Russland und Belarus siehe auch Margarita M. Balmaceda, Russian Energy Companies in the New Eastern Europe: the Cases of Ukraine and Belarus, in: Jeronim Perovic/Robert Ortung/Andreas Wenger (Hrsg.), Russian Business Power: The Role of Russian Business in Foreign and Security Relations, New York 2006, S. 67-87; Katja Yafimava, Post-Soviet Russian-Belarusian Relationships. The Role of Gas Transit Pipelines, Stuttgart 2007.

ter russischer Führung).¹⁵ Korosteleva kommt zu dem Schluss, dass all diese Konflikte das angespannte politische Verhältnis zwischen den beiden Partnern widerspiegeln und auf „eine proaktive Rolle Russlands in diesen Konflikten, die Moskau jedes Mal einzunehmen scheint, wenn es von Belarus verlangt, in bestimmten Bereichen zu handeln“,¹⁶ hinweisen.

Gleichzeitig unternahm Belarus häufig provokative Schritte, um Russland seine Unabhängigkeit und Souveränität und der Europäischen Union (EU) seine (zeitweise) Präferenz für engere Beziehungen mit dem Westen zu demonstrieren. Auch wenn Russland als der stärkere Partner eine große Verantwortung für Konflikte mit seinem kleineren, von ihm abhängigen Nachbarn trifft, erwies Belarus sich als ein schwieriger, oft unberechenbarer und unzuverlässiger Partner für Russland. Belarus erwartet, wie einige andere frühere Sowjetrepubliken, dass Russland seine Wirtschaft subventioniert, während es seinerseits Russland als Gegenleistung für seine „Subsidien“ oftmals nur kurzfristige Versprechungen bietet, die es nicht erfüllt. Hinzu kommt, dass wirtschaftliche und politische Interessen in beiden Ländern eng miteinander verwoben sind; aus dieser Verbindung und den Abmachungen zwischen Regierung und Interessengruppen hinter den Kulissen ergeben sich ebenfalls viele Probleme.

In den Jahren 2009 und 2010 erreichten die Beziehungen zwischen Russland und Belarus einen noch nie dagewesenen Tiefpunkt. Lukaschenkas Verlautbarungen in Bezug auf Präsident Dmitri Medwedew und Premierminister Putin waren durch negative Emotionen und kritische Untertöne gefärbt; dasselbe galt auch umgekehrt. Am spektakulärsten war der von Russland im großen Maßstab lancierte Medien-„Krieg“ gegen Lukaschenka: Der russische staatlich kontrollierte Fernsehsender NTV strahlte „Kryostny Bat’ka“, eine vierteilige kritische Dokumentation über den belarussischen Präsidenten, aus und Nachrichtensendungen stellten die Entwicklung in Belarus und Lukaschenkas Verhalten in einem äußerst schlechten Licht dar. Der belarussische Präsident ließ seinerseits keine Gelegenheit aus, die russische Führung zu irritieren und zu verärgern. So gewährte er zum Beispiel dem georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili nach dem georgisch-russischen Krieg die Gelegenheit zu einem Interview in einem belarussischen Fernsehsender und gab ständig sehr negative und provokative Stellungnahmen in Bezug auf die russische Führung ab.¹⁷

Vor diesem Hintergrund begann Lukaschenka verstärktes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EU¹⁸ als Ganzer und ihren einzelnen Mitgliedstaaten

15 Vgl. Elena Korosteleva, a.a.O. (Anm. 7), S. 570-571.

16 Ebenda, S. 574.

17 Siehe hierzu z.B. Vladimir Kravčenko, *Prevratnosti slavjanskoj ljubji. Dmitry Medvedev i Aleksandr Lukašenko objasnili v čuvstvah drug k drugu* [Die Gegensätze einer slawischen Liebe. Dmitri Medwedew und Alexander Lukaschenka sprechen über ihre Gefühle füreinander], in: *Zerkalo Nedeli* Nr. 37, 9. Oktober 2010.

18 Zu den Beziehungen zwischen Belarus und der EU siehe Fischer (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 6); Forbrig/Marples/Demeš (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 3); Tobias Hausotter, *Die Belarus-Politik der EU. Handlungsspielräume und Politikoptionen*, in: *Osteuropa* 7/2007, S. 57-70; Ernst

zu zeigen, während die EU ihrerseits größere Bereitschaft signalisierte, dem Land ein wenig „Zuckerbrot“ anzubieten, um freie Wahlen in Belarus und damit dessen Demokratisierung zu fördern.

Die Beziehungen zwischen der EU und Lukaschenkas Belarus waren seit Beginn seiner Präsidentschaft stets gespannt. Die EU macht engere Beziehungen mit Belarus von der Demokratisierung des Landes abhängig. Eine stärkere Demokratisierung hätte jedoch potenziell Lukaschenkas Wiederwahl, sein Regime und seine Macht gefährdet. Das führte dazu, dass die Versuche der EU, Belarus ein „Zuckerbrot“ anzubieten (verstärktes Engagement, Zusammenarbeit), in der Regel in die „Peitsche“ (z.B. Sanktionen nach den unfreien und nichtdemokratischen Wahlen, erstmals 1997 eingeführt) und schließlich wieder in „Zuckerbrot“ umgewandelt wurden. Gleichzeitig unternahm die EU fortlaufend Schritte, um die Zivilgesellschaft sowie administrative, rechtliche und institutionelle Reformen in dem Land zu unterstützen.¹⁹ In welchem Maße „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ jedoch die gewünschte oder überhaupt eine Wirkung haben, ist fraglich.²⁰

Im Allgemeinen haben die EU und die USA nur geringen Einfluss auf Belarus. Der belarussische Markt ist sehr begrenzt und wird von russischen Unternehmen beherrscht. Russland ist der größte Handelspartner von Belarus (48,2 Prozent). Die EU liegt mit 25,1 Prozent auf dem zweiten Platz, gefolgt von der Ukraine mit 7,2 Prozent, China mit 3,2 Prozent und Venezuela mit 1,8 Prozent.²¹ Nach einer neueren Untersuchung haben nur rund 20 Prozent der Belarussen ein EU-Land besucht.²² Wie Roger Potocki anmerkt, ist der Informationsfluss sehr eingeschränkt und auch die EU-Visabestimmungen stellen (ebenso wie die der USA) ein Hemmnis für die Zivilgesellschaft dar. Zusätzlich zu den Visaregelungen mit den älteren EU-Mitgliedstaaten wurden Visabestimmungen in den Beziehungen mit den neuen EU-Ländern, den

Piehl/Peter W. Schulze/Heinz Timmermann (Hrsg.), Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin 2005.

- 19 Siehe beispielsweise das von der Europäischen Kommission am 28. Mai 2004 angenommene Country Strategy Paper/National Indicative Programme: Belarus 2005-2006 sowie das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Belarus Country Strategy Paper 2007-13 and National Indicative Programme 2007-2010 aus dem Jahr 2006.
- 20 Ausführlicher hierzu: Giselle Bosse/Elena Korosteleva-Polglase, Changing Belarus? The Limits of EU Governance in Eastern Europe and the Promise of Partnership, in: Cooperation and Conflict 2/2009, S. 143-165; Frank Schimmelfennig/Hanno Scholtz, EU Democracy Promotion in the European Neighbourhood: Political Conditionality, Economic Development and Transnational Exchange, in: European Union Politics 2/2008, S. 187-215; Aser Babajew, Demokratieförderung zwischen Annäherung und Sanktionen. Der US-amerikanische und deutsche Umgang mit dem Lukashenka-Regime in Belarus, HSFK Report Nr. 3/2011, Frankfurt am Main.
- 21 Vgl. Belarus' Trade with Main Partners (2010), in: DG Trade Statistics, Belarus. EU Bilateral Trade and Trade with the World, 8. Juni 2011, unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113351.pdf.
- 22 Vgl. Sojuz v cifrach. Opros pokazal: belorusy bliže k Rossii, čem k Evrope [Vereinigung nach Zahlen: Umfrage zeigt, dass die Belarussen Russland näher sind als Europa], 19. Januar 2012, unter: <http://www.rg.ru/2012/01/19/opros.html>.

direkten Nachbarn von Belarus, eingeführt.²³ Der Handel mit den USA macht lediglich 0,8 Prozent aus.²⁴ Die Politik der USA gegenüber Belarus tendiert zur Passivität und ist durch „selektive Interaktion“ gekennzeichnet.²⁵

Von 2008 bis 2010 behandelte die EU Lukaschenka als einen „potenziellen Verbündeten“, wobei sie das Ziel einer „geopolitischen Umorientierung von Belarus“ weg von Russland verfolgte.²⁶ In diesem Zeitraum verbesserte sich der politische Dialog zwischen der EU und Belarus: Im Jahr 2008 unterzeichneten Belarus und die EU eine Vereinbarung über die Eröffnung des Delegationsbüros der Europäischen Kommission in Minsk. Im Jahr 2009 wurde Belarus zur Teilnahme an der Östlichen Partnerschaftsinitiative der EU eingeladen, und es gab Gespräche über die Einrichtung eines Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und Belarus und eine intensiverte technische Kooperation. Offizielle Kontakte auf hoher Ebene zwischen der EU, ihren einzelnen Mitgliedstaaten und Belarus wurden vertieft. So besuchten mehrere hochrangige EU-Politiker im Oktober/November 2010 Belarus und trafen mit dem „letzten Diktator“ in Europa zusammen. Zu ihnen gehörten Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, und die Außenminister Deutschlands und Polens. Sie versprachen ihm als „Zuckerbrot“ Kredite, finanzielle Unterstützung und Zusammenarbeit, wenn die Wahlen frei und fair durchgeführt würden. Reuters zitierte sogar eine Äußerung von Präsidentin Grybauskaitė, die sie angeblich bei einem informellen Treffen gemacht hatte: „Der Sieg Alexander Lukaschenkas bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen wird die Stabilität von Belarus garantieren und den Einfluss Russlands in diesem Land schwächen.“²⁷ Die Bedeutung der EU für Belarus lässt sich auch daran ablesen, dass Lukaschenka PR-Unternehmen aus den EU-Ländern damit beauftragte, das Ansehen von Belarus zu verbessern und seine Liberalisierung zu demonstrieren.²⁸

Alles in allem hofften die EU-Politiker aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung in Belarus, seiner sich verschlechternden Beziehungen zu Russland und seines Interesses an engeren Beziehungen zur EU, dass diesmal wirklich ein frischer Wind wehte. Gleichzeitig war es jedoch unklug, Lukaschenkas scheinbarer Hinwendung zur EU allzu viel Bedeutung beizumessen, da es solche Umschwünge in der belarussischen Außenpolitik von Russland

23 Vgl. Rodger Potocki, Belarus: A Tale of Two Elections, in: *Journal of Democracy* 3/2011, S. 49-63, hier: S. 51.

24 Vgl. Belarus' Trade with Main Partners (2010), a.a.O. (Anm. 21).

25 Siehe ausführlicher zur Politik der USA gegenüber Belarus Andrey Fyodorov, Belarus-U.S.: From Dialogue to Sanctions, in: *Belarusian Yearbook* 2010, a.a.O. (Anm. 5), S. 87-93.

26 Grigory Ioffe, Belarus and the West: From Estrangement to Honeymoon, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 2/2011, S. 217-240, hier: S. 217.

27 Zitiert nach: Anton Chodasevič, Lukašenka menjaet vektor vnešnej politiki [Lukaschenko ändert die Ausrichtung der Außenpolitik], in: *Nezavisimaja Gazeta*, 15. November 2010, unter: <http://www.ng.ru/printed/247708>.

28 Vgl. Gemma Pörzgen, Imagepflege für autoritäre Regimes. PR-Agenturen, der Journalismus und der Fall Belarus, in: *Osteuropa* 12/2010, S. 61-68.

zur EU und umgekehrt auch zuvor schon gegeben hatten.²⁹ Tatsächlich hat Lukaschenka schon häufiger auf beiden Hochzeiten getanzt, wobei er beide Richtungen seiner Außenpolitik jeweils geschickt dazu nutzte, zu unterschiedlichen Zeiten von beiden Seiten Vorteile zu erlangen.

Die geopolitische Konkurrenz zwischen Russland und der EU, die während und nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 besonders markant wurde, bietet Lukaschenka eine günstige Voraussetzung für die Erreichung seiner politischen und wirtschaftlichen Ziele. Elena Korosteleva schreibt in diesem Zusammenhang: „Das Zusammentreffen von Russlands Sanktionen mit der (wenn auch nur vorübergehenden) Annäherung von Belarus an den Westen konnte nur eine Art ‚Tauziehen‘ zwischen den größeren Nachbarn bedeuten.“³⁰ Sie scheint zu unterstellen, dass Russland die Strategie der EU als Konkurrenz betrachtet und dementsprechend reagiert. Grigori Ioffe stellt umgekehrt fest: „Seit Anfang 2007 mehren sich die Anzeichen dafür, dass der Westen ein Tauziehen mit Russland um die Gunst von Belarus veranstaltet.“³¹ Unabhängig davon, wer in erster Linie dafür verantwortlich ist, tragen sowohl Russland als auch die EU die Schuld an dieser geopolitischen Konkurrenz in Bezug auf Belarus und andere ehemalige Sowjetrepubliken, deren innenpolitische Entwicklung und Außenpolitik häufig als Nullsummenspiel betrachtet werden, das nur einen möglichen Gewinner kennt – Russland oder den Westen. Russland befürchtet, dass sich Belarus auf die EU zubewegen und seine eigenen Integrationsbemühungen hinter sich lassen könnte, was Russlands Einfluss in der GUS-Region weiter schwächen würde. Die EU befürchtet ihrerseits, dass eine übermäßige Isolation des Landes Belarus näher an Russland heranrücken lassen würde, während es sich gleichzeitig von der EU und ihren Nachbarschaftsinitiativen entfernt, was nicht nur Belarus immer weiter von einer demokratischen Orientierung entfernen, sondern auch Russland stärken würde.

Während Belarus von seinen beiden großen Nachbarn in diesem geopolitischen Spiel oftmals wie eine Schachfigur behandelt wird, hat Lukaschenka gelernt, sowohl die EU als auch Russland sowie ihre Konkurrenz untereinander als ein effektives Instrument für seine Politik zu nutzen. Diese Konkurrenz ist es, die in hohem Maße zur Aufrechterhaltung des Status quo in Belarus beiträgt.

29 Zur Zerrissenheit der belarussischen Außenpolitik und Identität zwischen Russland und dem Westen siehe David Rotman/Natalia Veremeeva, Belarus in the Context of the Neighbourhood Policy: Between the EU and Russia, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 1/2011, S. 73-98; Schmidtke/Yekelchik (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 13); Stephen White/Ian McAllister/Valentina Feklyunina, Belarus, Ukraine and Russia: East or West?, in: *British Journal of Politics and International Relations* 3/2010, S. 344-367.

30 Elena Korosteleva, a.a.O. (Anm. 7), S. 574.

31 Ioffe, a.a.O. (Anm. 26), S. 218.

Die Wahlen und ihr Nachspiel: vom „demokratischen Tauwetter“ zur „eisernen Faust“

Ein weiterer Grund für den Optimismus in der EU und in den USA im Hinblick auf die bevorstehende Wahl in Belarus im Jahr 2010 war die Art und Weise, in der sich der Wahlkampf entwickelte. Am Ende war der Westen jedoch angesichts von Lukaschenkas bislang härtesten Repressionen gegenüber der Opposition desillusioniert – vermutlich noch stärker als nach früheren Wahlen. Botschafter Geert-Hinrich Ahrens, Leiter der Langzeitwahlbeobachtungsmmission des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), gestand seine Enttäuschung nach der Wahl ein: „Ich hatte sehr darauf gehofft, dass unsere Bewertung diesmal positiver sein könnte. Leider ist das nicht möglich [...]“.³²

In gewisser Hinsicht waren es in der Tat die liberalsten und demokratischsten Wahlen in Belarus in den letzten Jahren, obwohl sie immer noch weit unter den Wahlstandards des OSZE-BDIMR lagen. Es hatte viele Anzeichen für ein inneres „demokratisches Tauwetter“ gegeben: Insgesamt zehn Kandidaten – und damit deutlich mehr als in den vorhergehenden Jahren³³ – nahmen an der Wahl teil; alle Kandidaten mit Ausnahme Alexander Lukaschenkas präsentierten ihre Ansichten und Programme in Fernsehdebatten; Massenversammlungen, verschiedene Arten von Werbekampagnen und unterschiedliche Aktivitäten wurden weitgehend zugelassen;³⁴ die Wahlen selbst – ihre Organisation und das Abstimmungsverfahren – wurden von den OSZE-Beobachtern in 94 Prozent der Wahllokale als „gut“ bis „sehr gut“ eingestuft.³⁵ Lukaschenka selbst bemerkte: „Am Vorabend der Präsidentschaftswahl waren wir in einem solchen Ausmaß demokratisiert, dass nicht nur Ihnen, sondern auch mir [...] schlecht wurde“.³⁶ Gleichzeitig heißt es im Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmmission des OSZE-BDIMR, dass, obwohl „sich das Umfeld des Wahlkampfes im Vergleich zu früheren Wahlen verbessert hat“, der Wahlkampf durch „einen Mangel an Chancengleichheit zwischen dem Amtsinhaber und den anderen neun Kandidaten geprägt und durch Fälle von

32 Zitiert nach: OSCE ODIHR, Press Release, Belarus still has considerable way to go in meeting OSCE commitments, despite certain improvements, election observers say, unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/74656>.

33 Zum Vergleich: Im Jahr 2006 gab es vier, im Jahr 2001 drei Kandidaten. Informationen hierzu sind auf der offiziellen Website der Zentralen Wahlkommission der Republik Belarus zu finden, unter: <http://www.rec.gov.by/Archive>.

34 Siehe hierzu ausführlicher OSCE ODIHR, Republic of Belarus, Presidential Election, 19 December 2010, OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, Warschau, 22. Februar 2011, unter: <http://www.osce.org/odihr/elections/75713> (im Folgenden zitiert als: OSCE/ODIHR Final Report).

35 Vgl. ebenda, S. 20.

36 Lukašenka o vyborach: stolko bylo „demokratii“, čto prosto tošnilo [Lukaschenka über die Wahlen: Es gab schon so viel Demokratie, dass einem nur noch schlecht wurde], Naviny.By, 21. April 2011, unter: http://naviny.by/rubrics/elections/2011/04/21/ic_media_video_623_5500.

Druck, Schikanen und dem Missbrauch administrativer Ressourcen zur Unterstützung des Amtsinhabers gekennzeichnet war“.³⁷

In Bezug auf das mögliche Wahlergebnis gab es verschiedene Prognosen, und in den Medien wurden widersprüchliche Zahlenangaben gemacht. Beispielsweise hatten laut einer von TNS Ukraine, einer bei der belarussischen Zentralen Wahlkommission registrierten Marktforschungsgruppe, durchgeführten Wahltagsbefragung 42 Prozent der Befragten für den Amtsinhaber gestimmt, während diejenigen Oppositionskandidaten, die an zweiter und dritter Stelle hinter Lukaschenka lagen, Wladimir Neklajew und Andrei Sannikow, 17 bzw. 13 Prozent erhielten.³⁸ Nach einer anderen, vom *Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies* (IISEPS) durchgeführten Wahltagsbefragung erhielt Alexander Lukaschenka die Zustimmung von 58 Prozent der Wähler, während sich 9,7 bzw. sieben Prozent der Wähler für Neklajew und Sannikow entschieden hatten.³⁹ Die erheblichen Differenzen zwischen den Ergebnissen der Meinungsumfragen, die während des Wahlkampfes und am Wahltag selbst durchgeführt wurden, zeigen den Mangel an Transparenz und belegen die Tatsache, dass Belarus in vielerlei Hinsicht noch immer ein geschlossenes Land ist. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse der meisten der vor den Wahlen von verschiedenen unabhängigen soziologischen Forschungsinstituten durchgeführten Meinungsumfragen trotz der Nichtübereinstimmung der Daten, dass der Prozentsatz der von der Zentralen Wahlkommission Lukaschenka zugeschriebenen Stimmen mit fast 80 Prozent stark übertrieben war.

Gleichzeitig zeigten die von verschiedenen Forschungsinstituten durchgeführten Meinungsumfragen, dass Lukaschenka nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen im Volk genoss: 49,7 Prozent im September 2010 und ein sogar noch höherer Prozentsatz in den vorangegangenen Jahren, z.B. 60,3 Prozent im November 2006.⁴⁰ Diese „Beständigkeit“ der Meinung in der belarussischen Wählerschaft sei – so Sergei Nikoljuk – durch die Tatsache zu erklären, dass der Mehrheit „die Fähigkeit zum Überleben ohne die elterliche Fürsorge des Staates“ fehle.⁴¹ Lukaschenkas populistische Politik und die Propa-

37 OSCE/ODIHR Final Report, a.a.O. (Anm. 34), S. 2.

38 Daten von TNS Ukraine, zitiert in: Michael Batiukov, Dictator Lukashenko Declared a War Against People of Belarus on December 19th 2010, 20. Dezember 2010, in: American Chronicle, unter: <http://www.americanchronicle.com/articles/view/206250>.

39 Siehe Table 1, Distribution of answers to the question „Who have you voted for at the presidential election on 19 December“, %, in: IISEPS, *Presidential Elections – 2010: „A Post-Battle Scene“*, unter: <http://www.iiseps.org/e12-10-01.html>.

40 Siehe NISEPI, *Dinamika belarusskogo obščestvennogo mnenija* [IISEPS, Die Dynamik der belarussischen öffentlichen Meinung], Antwort auf die Frage: „Doverjaete li Vy presidentu Belarusi?“ [„Vertrauen Sie dem Präsidenten von Belarus?“], Daten aus den Jahren 2005 bis 2011, unter: <http://iiseps.org/trend.html>. Anzumerken ist jedoch, dass sich die wirtschaftliche Lage im Laufe des Jahres 2011 weiter verschlechtert hat und als Folge davon das Vertrauensniveau auf 35 Prozent im Juni und sogar auf 24,5 Prozent im September 2011 sank; nur 30 Prozent der Befragten gaben an, dass sie wieder für Lukaschenka stimmen würden. Siehe ebenda. Lukaschenkas Unterdrückung der Opposition und der Zivilgesellschaft könnten hierbei ebenfalls eine Rolle gespielt haben.

41 Nikoljuk, a.a.O. (Anm. 5), S. 65.

gandakampagnen der Massenmedien zahlten sich in Form seiner Popularitätswerte aus.

Ein weiterer Grund für Lukaschenkas Wahlsieg ist die Schwäche der Opposition. Ihr Hauptproblem besteht nach wie vor in ihrer Unfähigkeit, sich zu vereinigen, koordiniert zu handeln und sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen.⁴² Wladimir Rovdo bemerkt hierzu: „Die Führer der meisten politischen Parteien sahen die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen als eine Möglichkeit an, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und den Grad der Wahrnehmung der von ihnen vertretenen Organisationen zu erhöhen.“⁴³ Außerdem gelang es den Führern der Opposition nicht, alternative Entwicklungsmodelle aufzuzeigen. Alexander Sinkewitsch schreibt, dass die belarussische Gesellschaft nur damit beschäftigt sei, „zu konsumieren, zu konsumieren und zu konsumieren“.⁴⁴ Und Matthew Rojanski merkt an: „[...] die belarussische Gesellschaft selbst ist nicht bereit, sich an einer effektiven demokratischen Regierungsform zu beteiligen, sie zu unterstützen und aufrechtzuerhalten“, und selbst wenn Lukaschenka gestürzt würde, würden die Belarussen „am Ende von einem ebenso autoritären Nachfolger regiert werden“.⁴⁵ Oder mit den Worten von Balázs Jarábik: „[...] es ist nicht so, dass Belarus ein Problem hat, weil es Lukaschenka zum Präsidenten hat. Belarus hat Lukaschenka, weil das Land selbst ein Problem hat.“⁴⁶

Auch wenn diese Bewertungen zutreffen, müssen einige wichtige Vorbehalte gemacht werden. Das gilt insbesondere für die Feststellung, dass die Kandidaten der Opposition, wie die Meinungsumfragen vor der Wahl gezeigt haben, trotz „eingeschränkter Wahlkampfmöglichkeiten“ und „trotz Schikanen und des Missbrauchs administrativer Ressourcen zur Unterstützung des Amtsinhabers“ eine erhebliche Anzahl von Wählern gewinnen konnten.⁴⁷ Die Gesellschaft ist also dabei zu erwachen, und das ist eine sehr wichtige Veränderung. Wie bereits erwähnt, war die belarussische Wirtschaft im Jahr 2010 schwächer geworden. Wenn sich die wirtschaftliche Lage in Belarus weiter verschlechtert, wird sich dieses Erwachen sogar noch verstärken. Außerdem greifen immer mehr Menschen trotz der staatlichen Kontrolle der Medien über das Internet auf alternative Informationen zu: Die Anzahl der Internet-

42 Zum Zustand der Opposition in Belarus siehe David R. Marples/Uladzimir Padhol, *The Opposition in Belarus: History, Potential, and Perspectives*, in: Balmaceda/Clem/Tarlow (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 3), S. 55-75; Hans-Georg Wieck, *Die demokratische Zivilgesellschaft – Alternative zum autokratischen Lukaschenko-Regime in Belarus*, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2002, Baden-Baden 2002, S. 243-261; Astrid Sahm, *Civil society and mass media in Belarus*, in: Fischer (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 6), S. 49-64; Vitali Silitski, *Belarus – a country in transition? The State, elections, and the opposition*, in: ebenda, S. 25-36.

43 Rovdo, a.a.O. (Anm. 9), S. 60.

44 Aljaksandr Sinkevič, *Sumerki Epochi. Belorusskaja Šachmatnaja Doska [Die Dämmerung des Zeitalters. Das belarussische Schachbrett]*, 4. August 2011, unter: http://naviny.by/rubrics/opinion/2011/08/04/ic_articles_410_174625.

45 Matthew Rojansky, *Belarus: No Easy Answers*, Commentary, 16. Mai 2011, unter: <http://carnegieendowment.org/2011/05/16/belarus-no-easy-answers/30g3>.

46 Balázs Jarábik, *Belarus beyond sanctions*, FRIDE Policy Brief Nr. 72, April 2011, S. 1.

47 OSCE/ODIHR Final Report, a.a.O. (Anm. 34), S. 2.

Nutzer hat sich von 11.400 im Jahr 2006 auf 1,8 Millionen im Januar 2011 erhöht.⁴⁸ Unter den gegenwärtigen Bedingungen des politischen Systems von Belarus waren unmöglich freie und faire Wahlen zu erwarten, bei denen die Kandidaten der Opposition echte Siegchancen gehabt hätten. Die Folge davon war, dass sie sich lediglich Minimalziele setzten, nämlich im In- und Ausland bekannt zu werden und mehr Unterstützung zu erhalten, statt das Maximalziel, die Wahl zu gewinnen, zu verfolgen. Die Minimalziele wurden somit auch erreicht.

Ferner gelang es den Oppositionskandidaten trotz der Schwäche der Opposition und der Zivilgesellschaft im Allgemeinen, unmittelbar nach der Schließung der Wahllokale am 19. Dezember Tausende von Unterstützern auf dem Oktoberplatz im Zentrum von Minsk zu versammeln, um gegen angebliche Wahlfälschungen zu protestieren.⁴⁹ In den Jahren 2001 und 2006 hatte die Opposition ebenfalls versucht, Massenproteste auf den Straßen gegen angebliche Wahlfälschungen zu mobilisieren, jedoch ohne großen Erfolg.⁵⁰

Den Protestierenden fehlten allerdings, als sie sich versammelten, sowohl klare Ziele als auch eine gemeinsame Vision. Wladimir Neklajew erreichte den Platz nicht, da er auf dem Weg dorthin niedergeschlagen wurde. Fünf Kandidaten und ihre Unterstützer begaben sich zum Unabhängigkeitsplatz, wo sich das Parlament und die Zentrale Wahlkommission befinden. Anscheinend hofften sie, mit den Behörden verhandeln und Einfluss auf die Zentrale Wahlkommission nehmen zu können, die Stimmen gerecht auszuzählen. Die Proteste verliefen zunächst friedlich, was sich danach abspielte, konnte jedoch nicht endgültig geklärt werden. Es gibt verschiedene Spekulationen darüber, wie sich die Ereignisse entwickelten. Zum einen gibt es Berichte von Protestteilnehmern und Beobachtern (Journalisten), dass sich eine kleine Gruppe von *Agents provocateurs* unter den Protestierenden befunden habe, die damit begonnen hätte, das Gebäude zu stürmen, in dem die Zentrale Wahlkommission untergebracht war. Das würde bedeuten, dass es Lukaschenka und hinter ihm stehende Interessengruppen waren, die diesen versuchten „Staatsstreich“ organisiert hatten, um die Opposition unterdrücken oder ganz loszuwerden zu können. Andere Beobachter und an den Ereignissen Beteiligte berichteten, dass es eine kleine Gruppe der Protestierer gewesen sei, die zuerst gewalttätig wurde, und dass einige Kandidaten (insbesondere Andrei Sannikow) die Idee, das Regierungsgebäude zu stürmen, unterstützten. Es gibt Fotos und Videos, die beide Darstellungen stützen.

Schließlich wurden die Proteste von Einsatzkräften der OMON (mobile Spezialeinheiten der Polizei) gewaltsam beendet, die mit unverhältnismäßiger

48 Vgl. Potocki, a.a.O. (Anm. 23), S. 57.

49 Die Darstellung dieser Ereignisse beruht in erster Linie auf den Informationen in: OSCE/ODIHR Final Report, a.a.O. (Anm. 34), Abschnitt XVI, „Post-Election Developments“, S. 22-24; AFN, Spetsoperatsija „Ploščad“ [Spezialoperation „Platz“], 22. Dezember 2010, unter: <http://afn.by/news/i/146025>; Dzianis Melyantsou, Square 2010: Scenario and Preliminary Results, 13. Januar 2011, unter: http://www.belinstitute.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=845%3Anone&catid=11%3Apolitics&Itemid=28&lang=en.

50 Vgl. Silitski, a.a.O. (Anm. 42), S. 27.

Härte unterschiedslos sowohl gegen friedliche Demonstranten und Beobachter als auch gegen gewalttätige Protestierer vorgehen. Am 20. Dezember verkündete Präsident Lukaschenka, dass 639 Personen verhaftet worden waren, und bestätigte, dass Oppositionskandidaten in Gefängnissen des KGB verhört würden.⁵¹ Einige der verhafteten Aktivisten wurden zur Zahlung von Geldbußen unterschiedlicher Höhe verurteilt oder für zehn bis fünfzehn Tage eingesperrt. Einige Präsidentschaftskandidaten der Opposition wurden zu fünf bis sechs Jahren Gefängnis verurteilt.⁵² Die Verwaltungsgerichte tagten in vielen Fällen in nicht öffentlichen Sitzungen, und es gab zahlreiche Belege dafür, dass ihre Urteile weder fair noch frei waren. Einige der Verhafteten behaupteten, dass sie gefoltert worden seien.⁵³ Mehrere zivilgesellschaftliche Aktivisten sind aus dem Land geflohen.

Da Lukaschenkas Regierung weder eine OSZE-Erkundungsmission noch irgendeine andere internationale Untersuchung der Ereignisse zuließ, ist ein abschließendes Urteil darüber, was genau passiert ist und warum sich die Ereignisse von einer friedlichen Versammlung zu einem gewaltsamen Konflikt entwickelten, schwierig. Entscheidend ist jedoch die Tatsache, dass die Reaktion der Behörden sowie die Repressionen gegenüber der Opposition und der Zivilgesellschaft, die auch nach den Wahlen noch anhielten, äußerst hart und unverhältnismäßig waren.

Was waren die Gründe für solch eine harte Reaktion seitens des Regimes? Die Ansichten hierüber gehen auseinander.⁵⁴ Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Reaktion durch eine Reihe von Faktoren bestimmt. Wichtig war dabei vor allem, dass Lukaschenkas Regime unter den Bedingungen einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und einer pragmatischeren Haltung Russlands verwundbarer war. Dieses Gefühl der Verwundbarkeit wurde darüber hinaus durch die Spaltung der herrschenden Eliten, d.h. zwischen den belarussischen „*siloviki*“ einerseits und liberaleren, pragmatischeren Kräften andererseits, vermutlich verstärkt. Ein Anzeichen hierfür könnte der Verlauf der weiteren Ereignisse sein: Am 24. Dezember gab die Zentrale Wahlkommission die offiziellen Ergebnisse der Wahl bekannt, am 27. Dezember trat die Regierung zurück; bereits am 28. Dezember ernannte Lukaschenka einen

-
- 51 Vgl. 20 dekabrya Aleksandr Lukaŝenko provel press-konferenciju dlja predstavitelej otečestvennych i zarubežnych SMI [Am 20. Dezember hielt Alexander Lukaschenko eine Pressekonferenz für Vertreter in- und ausländischer Medien ab], Oficial'nyj Internet-Portal Prezidenta Respubliki Belarus' [Offizielles Internetportal des Präsidenten von Belarus], 20. Dezember 2010, unter: <http://president.gov.by/press104951.html#doc>.
- 52 Zum Schicksal aller neun Präsidentschaftskandidaten der Opposition nach den Wahlen siehe Ilya Azar, Nadežda umerla [Die Hoffnung ist gestorben], Lenta.ru, 28. September 2011, unter: http://lenta.ru/articles/2011/05/27/statkevich/_Printed.htm.
- 53 Siehe z.B. Amnesty International, Belarus: Further information: Opposition activist tortured in detention, unter: <http://www.amnesty.org/en/library/info/EUR49/015/2010/en>.
- 54 Vgl. z.B. Joerg Forbrig/Rainer Lindner/David Marples/Arkady Moshes/Astrid Sahn, Der Fall Belarus. Analysen, Interpretationen, Konsequenzen, in: Osteuropa 12/2010, S. 5-21.

neuen Ministerpräsidenten und besetzte weitere wichtige Posten.⁵⁵ Experten verweisen seit Langem auf das Gerangel innerhalb der herrschenden Elite.⁵⁶ Außerdem begann die Gesellschaft, wie bereits erwähnt, zu erwachen, und die Opposition war zum ersten Mal dazu in der Lage, Massen für eine Versammlung im Zentrum von Minsk zu mobilisieren. Das muss Lukaschenka die Bedrohung vor Augen geführt haben, die von einer potenziellen „farbigen Revolution“ für sein Regime ausging. Möglicherweise war Lukaschenka über die Unterstützung beunruhigt, die der Westen der Opposition in Gestalt von Geldern zukommen ließ, und „vielleicht war es sein Ziel, eine Lage zu schaffen, die ihn dazu ‚zwang‘, zu reagieren, und ihm einen Vorwand für einen Angriff auf die Opposition gab“.⁵⁷ Und schließlich haben auch außen- und geopolitische Gründe eine Rolle gespielt. Fjodor Lukjanow vermutet, dass Lukaschenka sich mit Absicht einer „Schocktaktik“ bediente, um das Interesse Moskaus an Minsk wiederzubeleben: Wenn Russland wieder mehr Interesse zeigt, wird die EU, um zu verhindern, dass Belarus vollständig unter russische Kontrolle gerät, auf Belarus zugehen und versuchen, einen Kompromiss zu finden.⁵⁸

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Lukaschenka entgegen den Hoffnungen des Westens auf ein demokratischeres Belarus das scheinbare „demokratische Tauwetter“ mit „eiserner Faust“, mit massiven Menschenrechtsverletzungen und einer Politik der Einschüchterung und der Repression, beendet hat. Lukaschenka hatte sich damit der wahrscheinlich wichtigsten Vertreter der Opposition auf Jahre hinaus entledigt und zog die Schrauben an, um sein Regime zu stärken. Während frühere Wahlen jedoch die Stärke und Belastbarkeit des Regimes demonstriert hatten, „deckten die Ereignisse im Gefolge der Wahlen von 2010 auf, wie verwundbar dasselbe Regime heute ist und wie unsicher seine Unterstützung“.⁵⁹

Die Schließung des OSZE-Büros in Minsk

Eine weitere Folgeaktion der Behörden war die Schließung des OSZE-Büros in Minsk. Die OSZE war seit 1998 in Belarus zunächst in Gestalt der Beratungs- und Überwachungsgruppe präsent, die auf Initiative der OSZE als Reaktion darauf ins Leben gerufen worden war, dass das aus freien und demokratischen Wahlen hervorgegangene Parlament (13. *Werchowny Sowjet* [Oberster Rat]) von Lukaschenka aufgelöst und durch ein handverlesenes

55 Vgl. Sidorskogo „ušli“ po poličičeskim pričinam [Sidorski „musste“ aus politischen Gründen „gehen“], in: *Belaruskaja Delovaja Gazeta*, 29. Dezember 2010, unter: <http://bdg.by/news/politics/13340.html>.

56 Vgl. Andrei Liakhovich, *Belarusian elites – change and authoritarian rule*, in: Fischer (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 6), S. 37-48.

57 Jarábik, a.a.O. (Anm. 46), S. 3.

58 Vgl. Fyodor Lukyanov, *Master of Intrigue*, RIA Novosti, 13. Januar 2011, in: David Johnson's *Russia List* 9/2011.

59 Potocki, a.a.O. (Anm. 23), S. 50.

Parlament ersetzt worden war. Das Mandat der Beratungs- und Überwachungsgruppe endete am 31. Dezember 2001; an ihre Stelle trat am 1. Januar 2002 das OSZE-Büro in Minsk mit einem neuen Mandat.

Das Verhältnis zwischen der OSZE und Belarus war nicht einfach.⁶⁰ Die belarussische Politik gegenüber den OSZE-Vertretungen vor Ort ging im Laufe der Zeit von einer eher positiven und kooperativen zu einer eher negativen Haltung über. Zeitweise überschwemmte die belarussische Regierung das OSZE-Büro mit Projektvorschlägen; sie wollte damit bewirken, dass sich die Aktivitäten der OSZE auf Themen konzentrieren, die für die Regierung von Interesse waren, statt sich mit Problemen im Bereich Demokratie und Menschenrechte zu befassen. Alles in allem versuchte die belarussische Regierung, die OSZE-Präsenzen im Land, bei denen es sich um unabhängige Institutionen handelt, die auf der Grundlage ihres Mandats handeln, ihrer Kontrolle zu unterwerfen und ihnen gegenüber ein Vetorecht auszuüben. In gewissem Maß spiegelten die Veränderungen in der Haltung von Belarus gegenüber den OSZE-Feldpräsenzen und der OSZE als Ganzer die Veränderungen in der Haltung von Belarus gegenüber dem Westen insgesamt wider. Das Mandat des OSZE-Büros in Minsk musste jährlich von allen 56 OSZE-Teilnehmerstaaten erneuert werden. Als das seinerzeit gültige Mandat am 31. Dezember 2010 auslief, weigerte sich Belarus, es zu verlängern. Es erklärte seine Entscheidung wie folgt: „[...] dies ist eine bewusste Entscheidung, die aufgrund der Tatsache erfolgte, dass es keine objektiven Gründe für den Verbleib der OSZE-Mission in Belarus gibt [...] Die Bewertung der Ergebnisse des in Minsk ansässigen OSZE-Büros zeigt, dass das Mandat des Büros erfüllt ist. Die Erfahrungen in Lettland, Estland und Georgien, wo in den letzten Jahren ähnliche Feldmissionen der OSZE von diesen Ländern nach einer gewissen Zeit der Tätigkeit geschlossen wurden, zeigen, dass die Projektaktivitäten der OSZE erfolgreich und effektiv in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den OSZE-Institutionen durchgeführt werden können.“⁶¹

Die Arbeit der OSZE-Präsenzen konzentrierte sich auf Probleme in der menschlichen Dimension (Menschenrechte, Demokratie), befasste sich aber auch (seit 2002) mit Umwelt- und Wirtschaftsthemen. Die kritischen Wahlbewertungen der OSZE spielten auch bei den sogenannten „farbigen Revolutionen“ in Georgien, Kirgisistan und der Ukraine eine wichtige Rolle. Möglicherweise wollte die Lukaschenka-Regierung angesichts der anhaltenden harten Repressionen und der instabilen sozioökonomischen Lage eine weitere

60 Vgl. Eberhard Heyken, Schwierige Beziehungen: Die OSZE und Belarus, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007, S. 155-166; Uta Zapf, Wechselbad der politischen Beziehungen: Die OSZE-Mission in Minsk und ihre politische Perspektive nach ihrer Wiedereröffnung, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2003, Baden-Baden 2003, S. 155-165.

61 Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Belarus, Press Secretary Andrei Savinykh comments on Belarus decision not to extend the mandate of the Minsk-based OSCE office, unter: http://www.mfa.gov.by/en/press/news_mfa/ffbca02585447acc.html.

potenzielle Quelle der Destabilisierung des gegenwärtigen Regimes in Belarus loswerden, indem sie das OSZE-Büro schloss. Darüber hinaus konnte das Regime mit diesem Schritt auch die Opposition und die Zivilgesellschaft von einer weiteren Quelle externer Unterstützung abschneiden und sie so schwächen.

Innerhalb der OSZE wird generell viel über die Feldoperationen, ihre Effektivität und ihre Zukunft diskutiert.⁶² Vor-Ort-Missionen der OSZE werden tatsächlich nicht nur von den OSZE-Teilnehmerstaaten der GUS, sondern auch von westlichen Ländern oftmals als Stigma und als ein Anzeichen dafür wahrgenommen, dass mit diesem oder jenem Staat etwas nicht in Ordnung ist. Die Frage ist, ob sich die westlichen Staaten selbst an die OSZE wenden würden, wenn dort etwas schief liefe. Die Staaten, die die OSZE-Feldpräsenzen auf ihrem Territorium geschlossen haben, nahmen dies als normal und notwendig wahr, um zu zeigen, dass sie viele der Probleme, mit denen sich die OSZE-Präsenzen befasst hatten, gelöst haben und dass sie diese Fragen in Zukunft selbst weiterverfolgen können. Allerdings könnte selbst im Fall der baltischen Staaten die Frage gestellt werden, ob die OSZE-Präsenzen tatsächlich ihre Aufgaben erfüllt haben und alle Probleme gelöst sind. Im Fall von Belarus wurde das OSZE-Büro jedoch genau in dem Augenblick geschlossen, als die innenpolitische Lage sich zuspitzte und die Probleme – insbesondere im Bereich der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie – erheblich waren, als die schwache Zivilgesellschaft dringend internationale Unterstützung benötigte und unparteiische „Augen und Ohren“ gebraucht wurden, um zu klären, was passiert war.

Seit der Schließung des OSZE-Büros in Minsk hat Belarus weiterhin sowohl direkt mit der OSZE als auch innerhalb ihres Rahmens kooperiert. Von der Schließung des OSZE-Büros bis Mai 2011 hat die belarussische Regierung fast 40 Projektvorschläge für die weitere Zusammenarbeit mit der OSZE eingereicht und so die anhaltende Bereitschaft der belarussischen Behörden gezeigt, mit der Organisation als Ganzer zusammenzuarbeiten. Unklar bleibt jedoch, wie diese große Zahl von Projekten ohne eine OSZE-Präsenz im Land durchgeführt werden soll.

Internationale Reaktionen

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit den internationalen Reaktionen auf die Wahlen und die darauf folgenden Ereignisse. Er beginnt mit den Reaktionen des Westens und beschreibt dann die Position der Russischen Föderation.

Zunächst einmal heißt es im Abschlussbericht der Wahlbeobachtungsmission des OSZE-BDIMR: „Die Präsidentschaftswahlen haben gezeigt, dass Belarus noch erhebliche Anstrengungen unternehmen muss, um seine OSZE-Ver-

62 Vgl. hierzu ausführlich Frank Evers, *Appropriate Ways of Developing OSCE Field Activities*, CORE Working Paper 22, Hamburg, April 2011.

pflichtungen für demokratische Wahlen zu erfüllen.⁶³ Der Abschlussbericht nahm auch zu der Auflösung der Versammlung der Opposition und den Verhaftungen eine sehr kritische Haltung ein, die ebenfalls „das Vertrauen in die Wahl untergraben“ hätten.⁶⁴ Die offizielle Antwort des OSZE-Vorsitzes auf die Schließung des OSZE-Büros in Minsk brachte „tiefes Bedauern“ und die Hoffnung zum Ausdruck, die Arbeit der Präsenz der Organisation vor Ort nach Konsultationen mit der belarussischen Regierung wieder aufnehmen zu können.⁶⁵ Vertreter vieler westlicher Regierungen drückten ebenfalls ihr Bedauern und ihre Enttäuschung über den Schritt der belarussischen Regierung aus, da „das Mandat der Mission noch nicht abgeschlossen ist, wie die kritische Bewertung der Präsidentschaftswahlen durch die OSZE zeigt“.⁶⁶

Weder die USA noch die EU erkannten die Ergebnisse der Wahl an, und am 21. Januar 2011, dem Tag der Amtseinführung Lukaschenkas, verließen die Botschafter der EU und der USA das Land.⁶⁷ In einer gemeinsamen Stellungnahme zogen Catherine Ashton und Hillary Clinton den Schluss: „Zusammengenommen stellen die Wahlen und ihr Nachspiel einen bedauerlichen Schritt zurück in der Entwicklung einer demokratischen Regierungsführung und des Respekts vor den Menschenrechten in Belarus dar.“⁶⁸ Außerdem gaben die Außenminister mehrerer EU-Länder – Carl Bildt, Karel Schwarzenberg, Radek Sikorski und Guido Westerwelle – eine gemeinsame, äußerst kritische Stellungnahme ab: „Nach dem, was seit der Präsidentschaftswahl [...] geschehen ist, kann es zwischen der Europäischen Union und dem Präsidenten von Belarus [...] nicht wie gewohnt weitergehen. [...] Ein fortgesetzter positiver Dialog mit Herrn Lukaschenko erscheint derzeit als eine Vergeudung von Zeit und Geld.“⁶⁹ Die EU diskutierte eine Reihe drastischer Sanktionen gegenüber Belarus, wobei die schließlich im Jahr 2011 verabschiedete Liste allerdings sehr viel moderater aussah.⁷⁰ Die Position der EU schwankt

63 OSCE/ODIHR Final Report, a.a.O. (Anm. 34), S. 1.

64 Ebenda.

65 Vgl. OSCE Chairmanship, Press Release, OSCE Chairmanship starts consultations on continuing OSCE's work in Belarus, Vilnius, 3. Januar 2011, unter: <http://www.osce.org/cio/74824>.

66 Statement by the Spokespersons of Catherine Ashton, EU High Representative, and Hillary Rodham Clinton, U.S. Secretary of State, European Union, Brüssel, 4. Januar 2011, unter: http://eeas.europa.eu/delegations/belarus/press_corner/statements_belarus/spanish_statement_on_belarus/statements/04_01_2011_en.htm

67 Vgl. Lukašenko i prestolonasledniki [Lukaschenko und die Thronerben], gazeta.ru, 21. Januar 2011, unter: http://www.gazeta.ru/politics/2011/01/21_a_3499966.shtml.

68 Joint Statement by EU High Representative Catherine Ashton and US Secretary of State Hillary Clinton on the post-Presidential Elections situation in Belarus, Brüssel, 23. Dezember 2010, unter: http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118697.pdf.

69 Carl Bildt/Karel Schwarzenberg/Radek Sikorski/Guido Westerwelle, Lukashenko the Loser, in: *The New York Times*, 23. Dezember 2010, unter: <http://www.nytimes.com/2010/12/24/opinion/24iht-edbildt24.html>.

70 Vergleiche hierzu die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Januar 2011 zur Lage in Belarus, 21. Januar 2011, unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0022+0+DOC+XML+V0//DE>, mit European Commission – Restrictive measures in force (Article 215 TFEU), European

zwischen dem Wunsch, das Lukaschenka-Regime und Lukaschenka persönlich zu bestrafen und die Zivilgesellschaft zu unterstützen, und der Furcht, dass harte Sanktionen zu einer Annäherung Lukaschenkas an Russland führen könnten, hin und her. Die EU befindet sich somit in der Verlegenheit, nicht zu wissen, wie sie Lukaschenka beeinflussen kann.⁷¹

Die Positionen der Russischen Föderation zu den Wahlen in Belarus waren widersprüchlich. Die Wahlbeobachter der GUS kamen zu dem Urteil, dass „[...] die Wahlen transparent waren und die Anforderungen der Wahlgesetze und allgemeiner demokratischer Normen erfüllten“.⁷² Die GUS erkannte die Wahlen als legitim an: „Unsere Mission hat keinerlei Tatsachen festgestellt, die Anlass zu Zweifeln an der Legitimität dieser Wahlen geben könnten.“⁷³ Der russische Präsident Dmitri Medwedew gratulierte Lukaschenka zu seiner Wiederwahl.⁷⁴

Zur selben Zeit berichteten die russischen Medien, darunter auch staatlich kontrollierte Sender, kritisch über die Ereignisse nach der Wahl in Belarus. Wichtiger noch ist, dass auch hochrangige russische Regierungsvertreter hervorhoben, dass die russische Interpretation der Ereignisse in Belarus derjenigen des Westens entspricht. Arkadi Dworkowitsch von der russischen Präsidentschaftsverwaltung gab eine klare Stellungnahme dahingehend ab, dass die Präsidentschaftswahlen Belarus in eine Periode der Instabilität geführt hätten, und Außenminister Sergei Lawrow äußerte sich missbilligend über die gegen die Aktivisten der Opposition ergangenen Urteile.⁷⁵ Lawrow stellte ebenfalls fest: „Was nach der Schließung der Wahllokale geschah, ist inakzeptabel. [...] Russland hat sich dagegen ausgesprochen [...] weil die Welle von Verhaftungen nichts anderes als entsprechende Emotionen hervorrufen kann.“⁷⁶ Russland nahm somit insgesamt eine kritischere Haltung zu den Wahlen in Belarus und den Ereignissen danach ein, als es üblicherweise bei Wahlen in GUS-Ländern der Fall ist, von denen GUS-Wahlbeobachter und russische Regierungsvertreter – im Gegensatz zu den Berichten des OSZE-BDIMR – behaupten, dass sie frei und fair verlaufen seien. Gleichzeitig ist Russland

Union, Restrictive measures (sanctions) in force, Stand: 16. Oktober 2011, unter: http://eeas.europa.eu/cfsp/sanctions/docs/measures_en.pdf.

- 71 Allein die von der EU vereinbarten Visa-Sanktionen zeigen, „wie wenig die EU über Belarus weiß“: Dutzende der auf der Liste genannten Personen sind gar nicht mehr im Amt oder waren für die Ereignisse nicht verantwortlich, einer der Genannten war sogar bereits verstorben. Vgl. Jarábik, a.a.O. (Anm. 46), S. 2.
- 72 GUS-Exekutivsekretär Sergei Lebedew, zitiert nach: CIS, OSCE observers say Belarus elections democratic, RIA Novosti, 20. Dezember 2010, unter: <http://en.rian.ru/world/20101220/161854376.html>.
- 73 GUS-Exekutivsekretär Sergei Lebedew, zitiert nach: ebenda.
- 74 Siehe Medvedev oficial'no pozdravil Lukašenko s pobedoj [Medwedew gratuliert Lukaschenko offiziell zum Sieg], Lenta.ru, 25. Dezember 2010, unter: <http://lenta.ru/news/2010/12/25/okwin/>.
- 75 Vgl. Dzianis Melyantsou (Hrsg.), Belarus' Foreign Policy Index, April-Mai 2011, S. 7, unter: http://www.belinstitute.eu/images/doc-pdf/BISS_Int_Monit_2_2011_en.pdf.
- 76 Sergei Lawrow, zitiert nach: Russia does not support sanctions against Belarus but considers massive post-election arrests unacceptable, foreign minister says, in: Belarus News, 2. Februar 2011, unter: http://naviny.by/rubrics/english/2011/02/02/ic_news_259_360623.

noch immer auf Belarus als Partner und Transitland für seine Energieexporte in den Westen angewiesen. Außerdem braucht Russland Belarus für sein Projekt des Einheitlichen Wirtschaftsraums. Am 21. Dezember 2010 ratifizierte Belarus 18 Dokumente über die Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraums, zu dem auch eine Zollunion gehört.⁷⁷ Insgesamt gesehen versuchte Russland zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits machte es eine achtungsvolle Geste gegenüber dem Westen, indem es die belarussischen Wahlen kritisierte. Gleichzeitig hofierte es Lukaschenka, indem es sein Regime legitimierte, um Belarus nicht in die Arme der EU zu treiben.

Was die Schließung des OSZE-Büros in Minsk anbetrifft, so hatte Russland selbst die OSZE-Unterstützungsgruppe geschlossen, die 1995-2002 in Tschechien tätig war. Moskau vertrat daher in dieser Angelegenheit die Ansicht, dass man die Schließung des OSZE-Büros nicht überdramatisieren sollte. Gemeinsam mit Belarus und einigen anderen GUS-Ländern hatte die Russische Föderation die OSZE-Präsenzen schon häufiger dafür kritisiert, dass sie sich angeblich in ein Instrument zur Kontrolle über den Gastgeberstaat entwickelten.⁷⁸ Russland unterstützte daher generell die Entscheidung der belarussischen Regierung.⁷⁹

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass sowohl Russland als auch den westlichen Akteuren eine klare Strategie im Hinblick auf Belarus fehlt. Sie wissen einfach nicht, wie sie mit dem Land und insbesondere mit Lukaschenka umgehen sollen, und ihre Politik beruht nicht nur darauf, wie sich die Lage in Belarus an sich entwickelt, sondern auch auf den Aktionen der jeweils anderen Seite und dem Stand ihrer bilateralen Beziehungen.

Ausblick

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick darüber, wie sich die Lage in Belarus im Jahr 2011 entwickelt hat, und erörtert die Aussichten des Lukaschenka-Regimes. Er fasst auch die wesentlichen Ergebnisse des vorliegenden Beitrags zusammen.

Belarus bleibt ein unberechenbares Land und ein Rätsel. In den letzten Jahren haben viele Experten festgestellt, dass Lukaschenkas außenpolitischer Spiel-

77 Vgl. Belarus ratifies single economic space documents, in: The Voice of Russia, 21. Dezember 2010, unter: <http://english.ruvr.ru/2010/12/21/37399078.html>.

78 Siehe Permanent Delegations of Belarus, Kazakhstan, Kyrgyzstan and Russia, „Food-for-Thought Paper, On the Issue of Reform of the OSCE Field Activities, PC.DEL/986/03, 4. September 2003; Permanent Delegations of Belarus, Kyrgyzstan, Tajikistan, Russia, Food-for-Thought Paper for the Corfu Process on Enhancing Effectiveness of the OSCE Field Operations, PC.DEL/406/10/Corr.3, 2. Juli 2010; ausführlicher hierzu: Evers, a.a.O. (Anm. 62).

79 Das war auch der Fall, als 14 OSZE-Teilnehmerstaaten versuchten, den „Moskauer Mechanismus“ in Bezug auf Belarus zu aktivieren, während die Russische Föderation bezweifelte, dass dies notwendig sei. Siehe die Unterrichtung von Alexei Sasonow, Stellvertretender Direktor der Presse- und Informationsabteilung des russischen Außenministeriums, 14. April 2011.

raum „dramatisch geschrumpft ist“.⁸⁰ Dieser Spielraum hat sich im Jahr 2011 aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und infolge der Verschlechterung der Beziehungen sowohl zu Russland als auch zum Westen noch weiter verkleinert. Selbst wenn Lukaschenka versucht mit seinen Aktionen Macht und Vertrauen zu projizieren, zeugen die Wahlen und ihr Nachspiel von der Schwäche und Verwundbarkeit seines Regimes.

Sowohl die Russische Föderation als auch westliche Akteure haben eine vorsichtiger und pragmatischere Haltung gegenüber Belarus eingenommen. Sie trauen Lukaschenka nicht. Während die westlichen Länder ihre letzten Illusionen im Hinblick auf ein demokratischeres Belarus unter Lukaschenka verloren haben, wird es für die russischen Führer sehr schwierig sein, all die provokativen Äußerungen zu vergessen, die Lukaschenka über sie persönlich gemacht hat, und sie wissen, dass er sie wieder hinters Licht führen kann, wann immer es ihm beliebt. Nicht nur IWF-Kredite, sondern auch Kredite aus Russland (über die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, EAWG) sind mit strengen Auflagen verbunden, und die Mittel, die Belarus bisher durch diese beiden oder andere internationale Kanäle erhalten hat oder in Zukunft erhalten könnte, werden ihm kaum dabei helfen, die derzeitige Wirtschaftskrise zu überwinden. Belarus stopft lediglich die Löcher im Staatshaushalt, womit es eine weitere Eskalation der Lage kurzfristig verhindern kann. Der Mythos vom belarussischen „Wirtschaftswunder“ ist geplatzt wie eine Seifenblase. Die Frage ist, wie lange Lukaschenka dazu in der Lage sein wird, sein Regime dennoch aufrechtzuerhalten.

Bislang bedient sich Lukaschenka seiner „traditionellen“ Mittel, um sein Regime aufrechtzuerhalten. Die Repressionen hielten im Jahr 2011 an, gleichzeitig begann er in seinen Beziehungen zur EU politische Gefangene zu benutzen, um die Union dazu zu zwingen, die gegen ihn persönlich und gegen Angehörige der hinter ihm stehenden herrschenden Eliten verhängten Sanktionen abzuschwächen. Auch versucht er erneut die russische Karte zu spielen, in der Hoffnung, dass die EU nicht will, dass Russlands Einfluss auf Belarus und im postsowjetischen Raum insgesamt gestärkt wird. Er hofft auf Finanzspritzen aus dem Westen für die Wirtschaft und eine damit einhergehende Stärkung des politischen Systems. Die belarussische Wirtschaft bedarf der Modernisierung, und in diesem Zusammenhang braucht sie die EU mehr als Russland, das selbst auf der Suche nach Unterstützung in diesem Bereich auf die EU blickt. Die EU sieht sich der Herausforderung gegenüber, die belarussische Zivilgesellschaft zu stärken und gleichzeitig Lukaschenka und seine Gefolgsleute zu bestrafen. Jedoch weiß sie nicht, wie sie das im Falle eines Landes, das weder eine Mitgliedschaft in noch eine enge Verflechtung mit der EU anstrebt, bewerkstelligen soll. Hinzu kommt, dass die Haltung Russlands in der Vergangenheit die Bemühungen der EU oftmals zunichte gemacht hat.

80 Grzegorz Gromadzki, Belarusian foreign policy – change or continuity? In: Fischer (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 6), S. 93-104, hier: S. 102.

Parallel zu dieser Strategie gegenüber der EU begann Lukaschenka Russland Zugeständnisse zu machen, indem er sich bereit erklärte, weitere Schritte im Rahmen der russischen Integrationsinitiativen (der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums insgesamt) zu unternehmen. Gleichzeitig ist Russland gerade mehr mit seinen eigenen innenpolitischen Entwicklungen und den eigenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen beschäftigt. Es kann keine Destabilisierung an seinen Grenzen gebrauchen, weshalb es Belarus vermutlich weiterhin unterstützen wird, allerdings nur in dem Maße, das erforderlich ist, um einen Kollaps des Regimes zu verhindern. Wenn die alternativen Energietransitrouten über die Ostsee – die *Nord-Stream-Pipeline* und das *Baltic Pipeline-System 2* (BPS 2) – im Jahr 2011 in Betrieb genommen werden, wird Russland im Energiebereich weniger von Belarus abhängig sein. Folglich wird Lukaschenka eines seiner Mittel zur Einflussnahme auf Russland verlieren, womit Russland einen weiteren Trumpf gegenüber Belarus in der Hand hat. Gleichwohl ist Russland noch immer auf die Kooperation von Belarus im Rahmen des Einheitlichen Wirtschaftsraums und in anderen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitsrelevanten Fragen angewiesen und wird daher weiterhin das Lukaschenka-Regime unterstützen und legitimieren, allerdings nur noch in geringerem, nicht mehr als dem unbedingt erforderlichen Ausmaß. Viel wird auch davon abhängen, zu welchen Konzessionen Lukaschenka bereit ist.

Unterdessen versucht Lukaschenka auch, die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren zu intensivieren, insbesondere mit China, Venezuela und einigen Ländern des Nahen Ostens, die sich – im Gegensatz zur EU – nicht um den Zustand der Demokratie in Belarus scheren. Diese Staaten sind jedoch in ihren Wirtschaftsbeziehungen pragmatisch. Sie werden die belarussische Wirtschaft und Lukaschenkas politisches Regime nicht umsonst unterstützen. Das Problem dabei ist, dass Belarus diesen Ländern nur wenige lukrative Investitionsmöglichkeiten anbieten kann, weshalb ihr Interesse an Belarus marginal bleiben wird.

Selbst wenn Lukaschenkas Regime stürzt und eine neue Regierung möglich wird, bleibt die Frage, was sich in dem Land ändern wird. Wie die Erfahrungen von Nachbarländern wie der Ukraine zeigen, haben auch die Errungenschaften der demokratieorientierten und prowestlichen „oranen Revolution“ nur bescheidene Ergebnisse gezeitigt, was hauptsächlich dem Unvermögen der früheren Oppositionsführer zugeschrieben werden kann, sich zusammenzuschließen, koordiniert zu handeln und zu kooperieren. Und genau das ist auch das Problem in Belarus.

Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass Lukaschenka nicht nur der offizielle Sieger der Wahlen ist, sondern auch nach dem Grundsatz „alles für den Sieger“ verfährt, die Opposition unterdrückt und mit Russland und dem Westen sein Spiel treibt. Dennoch haben sich sowohl die externen Faktoren, die seine Innen- und Außenpolitik beeinflussen, als auch die innenpolitische und die wirtschaftliche Lage erheblich geändert. Das wiederum bedeutet,

dass Lukaschenkas jüngster Sieg weit weniger überzeugend ist als diejenigen vorhergehender Jahre. Folglich scheint der Status quo in Belarus nicht mehr so stabil und unveränderbar zu sein.

Weder die Russische Föderation noch die westlichen Akteure wissen, wie sie mit Belarus verfahren sollen. Aber auch Lukaschenka selbst hat keine klare innen- und außenpolitische Strategie, sondern spielt stattdessen weiterhin ein riskantes Spiel. Solange es eine geopolitische Konkurrenz zwischen Russland und dem Westen gibt, hat seine Taktik, den Osten gegen den Westen auszuspielen, auch in Zukunft trotz der vorhandenen Schwächen eine Erfolgchance.